

# Wildbader Tagblatt

## (Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt  
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.  
Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50  
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im  
innerdeutschen Verkehr Mk. 13.50 und 90 Pfg. Post-  
bestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Petitzeile oder deren  
Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamazeilen  
1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Carl.  
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vor-  
mittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gae in Wildbad.

Nummer 136

Fernruf 179.

Wildbad, Mittwoch, den 16. Juni 1920.

Fernruf 179.

54. Jahrgang

### Die Regierungskrisis.

#### Die Entschliessung der Sozialdemokratie.

Am Sonntag vormittag tagten in gemeinsamer Sitzung in Berlin der Parteivorstand und die Reichstagsfraktion der sozialdemokratischen Partei. Zu Beginn besprach Reichskanzler Müller den Ausfall der Wahlen und führte den sozialdemokratischen Misserfolg auch auf gewisse unpolitische Fragen zurück, so auf die Erhöhung des Brotpreises und auf den Steuerabzug vom Lohn und Gehalt. Weiter habe das Verhalten des Verbands, insbesondere Frankreichs, gegenüber dem deutschen Volk auch nach Friedensschluß weite Kreise des Volkes den nationalistischen Parteien in die Arme getrieben. Der Reichskanzler unterjuchte dann die Frage, ob sich unter Ausschluß der Deutschen Volkspartei aus den bisherigen Koalitionsparteien eine tragfähige Regierung im Reichstag finden lasse, und kam zu einer Verneinung der Frage. Er wies darauf hin, daß die oberösterreichischen Abgeordneten immer noch an der Austreibung gehindert werden, sobald man auf ihre Stimmen verzichten müsse. Ohne diese Stimmen aber verfiere die bisherige Koalition auch nicht mehr über eine schwache zitternmäßige Mehrheit. Weiter kam der Redner auf die Stellung zu sprechen, in die die von der bisherigen Regierung angestellten sozialdemokratischen Beamten im Falle des Ausscheidens der Sozialdemokratie aus der Regierung kommen würden. Keiner dieser Beamten dürfe den Platz verlassen, ohne daß er dazu gezwungen werde. Man müsse unter allen Umständen die Posten zu halten suchen, schon für den Fall, daß die Mehrheitssozialdemokratie später wieder „gezwungen“ würde, die Regierung zu übernehmen. Wenn es in der letzten Zeit geheißt habe, daß der Reichspräsident keine Lust mehr habe, im Falle des Ausscheidens der Sozialdemokraten auf seinem Posten zu verbleiben, so müsse man von ihm verlangen, daß er aus politischen Gründen das Opfer bringe, so lange wie möglich auszuhalten. Der Umstand, daß im Falle des Ausscheidens das Heer in die Hände einer sozialistischen Regierung kommen würde, macht dem Redner weniger Bedenken, wohl aber muß man sich im Falle einer Koalition mit der Deutschen Volkspartei fragen, was denn aus der Sozialisierung des Kohlenbergbaus und aus der Befähigung der Gewinne der Kohlenmagnaten werden solle.

In der Aussprache sprach ein Redner für das Verbleiben in der Regierung, die übrigen Redner vertraten einen ablehnenden Standpunkt.

Minister David führte aus: Wir sind unter allen Umständen gezwungen, unter dem parlamentarischen System aus dem Wahlausfall die Folgerungen zu ziehen. Das Volk hat sich durch den Wahlausfall die jetzige Lage selbst bereitet. Es liegt, wie es sich gebietet hat. Wir haben früher viel geredet von dem Unverstand der Massen. Der Wahlausfall hat gezeigt, daß der Unverstand noch lange nicht überstanden ist.

Preussischer Ministerpräsident Braun: Wie die Dinge heute liegen, müssen wir vor allen Dingen eins können: warten. Wir gehen schweren Zeiten entgegen und sollten uns auch deswegen nicht in unsicher politische Situationen begeben.

Nach längeren Beratungen wurde dann einstimmig folgende Entschliessung gefaßt:

Reichstagsausschuß und Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei beschäftigten sich am Sonntag in gemeinsamer Sitzung mit der Lage, die durch den Wahlausfall entstanden ist. Einstimmig kam die Ueberzeugung zum Ausdruck, daß die Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung ausgeschlossen ist. Nachdem die Unabhängigen es abgelehnt haben, sich an einer Regierung zu beteiligen, die den Schatz der Republik, und die revolutionären Erregenschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten übernimmt, haben sie die Verantwortung für eine Lage zu tragen, in der nur die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung möglich ist. Eine Fortsetzung der bisher betriebenen Koalitionspolitik mit Zentrum und Demokraten wird zurzeit als unmöglich betrachtet.

#### Der fehlgeschlagene Versuch.

Der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, Dr. Heinze, den der Reichskanzler für Sonntag zu sich gebeten hatte, war am Samstag in später Abendstunde aus Dresden in Berlin eingetroffen und wurde am Sonntag mittag vom Reichspräsidenten Ebert empfangen. Im Laufe der Unterredung übertrug der Reichspräsident dem Parteiführer die Bildung des neuen Kabinetts und Dr. Heinze nahm diesen Auftrag an. Seine erste Handlung

war, daß er sich mit der Anfrage an die sozialdem. Reichstagsfraktion wandte, ob sie im Laufe des Sonntags bevollmächtigte Vertreter zu ihm senden wolle. Er erhielt eine bejahende Antwort mit der Ankündigung, daß der Reichskanzler Müller und der Fraktionsvorsitzende Löbe sich bei ihm einfinden würden. Zu der Besprechung erschienen in Begleitung Dr. Heinzes Abg. v. Karborff. Die Sozialdemokratie war vertreten durch den Reichskanzler Müller und den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung Löbe. Auf die Frage des Abg. Dr. Heinze nach der Stellung der sozialdemokratischen Partei erklärte der Abg. Löbe, daß es seiner Partei aus außer- und innerpolitischen Gründen entsprechend dem gefaßten Beschlusse der Parteikonferenz nicht möglich sei, an ein gedeihliches Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei zu glauben, wobei ausdrücklich hervorgehoben wurde, daß irgendwelche Bestimmungen aus dem Wahlkampf in keiner Weise mit sprechen dürften oder müßten. Daraufhin hat der Abg. Dr. Heinze den Auftrag zur Kabinettsbildung in die Hände des Reichspräsidenten zurückgelegt.

#### Die neue Lage.

Der „Volkstanziger“ berichtet, daß die Unterredung zwischen Ebert und Dr. Heinze nur kurz war. Ebert trug einen ganz förmlichen Charakter. Dr. Heinze hatte die Absicht, die Fühlung mit den alten Mehrheitsparteien erst aufzunehmen, wenn die Stellungnahme der Sozialdemokraten klar wäre. Er und mit ihm die Deutsche Volkspartei hätten die ehrliche Absicht gehabt, eine Verständigung mit den Sozialdemokraten herbeizuführen. Durch die entschiedene Ablehnung der Mehrheitssozialdemokraten wurde die Lage von Grund aus geändert. Die Entschliessung der Mehrheitssozialdemokraten bedeutet, daß unterstreichen sämtliche bürgerliche Parlamentarier, mit denen der Vertreter des „Volkstanziger“ noch Fühlung nahm, die Kamfianlage des Proletariats an das Bürgertum. Dieses habe daher die Pflicht, sich zusammenzuschließen und ein bürgerliches Kabinett zustande zu bringen, nachdem Heinzes ehrliche Absichten sich durch die sozialdem. Entschliessung zerlegt haben. In Kreisen der bürgerlichen Parteien rechnet man damit, daß der Reichspräsident von sich aus neue Schritte unternimmt. Er dürfte nunmehr an das Zentrum, und zwar an Dr. Trimborn mit der Aufforderung wegen der Neubildung des Kabinetts herantreten. In den Kreisen der Deutschen Volkspartei glaubt man, daß auch ein reines Wirtschaftskabinett sich wird zustandebringen lassen.

Ueber die Gründe, die Dr. Heinze zur Rückgabe des Auftrags an den Reichspräsidenten veranlaßt, erfährt der „Volkstanziger“ noch weiter: In der Deutschen Volkspartei ist man der Ansicht, daß ein Wirtschaftskabinett nicht von der Deutschen Volkspartei, sondern von wirtschaftlichen Körperschaften gebildet werden muß. Die Zusammensetzung eines bürgerlichen Blochs aber muß nach Ansicht Dr. Heinzes von der stärksten bürgerlichen Partei, dem Zentrum, vorgenommen werden.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei tritt am 14. Juni nachmittags 4 Uhr im Reichstag zusammen. Gleichzeitig tagt die Deutsch-nationale Fraktion. Das Zentrum berät Dienstag vormittag. Die Demokraten werden am Mittwoch tagen. Wie einige Morgenblätter erfahren haben, wollen die Demokraten erst die Stellungnahme des Zentrums abwarten.

### Die „wirklichen“ Kriegskosten.

Zu Frankreich übergehend, gibt Crammond zunächst folgende Schätzung der Verluste: 2150 Millionen Pfund Sterling an Kriegsrückgebern und Rückwendungen; 2200 für Verluste an liegendem Gut, Schiffen usw.; 1400 für Anleihen im Ausland und Verkauf fremder Wertpapiere; 500 an Rückständen für Unterhalt von Häusern, Gebäuden usw., zusammen 6250 Millionen, wogegen die Wiedererwerbung von Gas-Lothringer für einen Geldwert von vorläufig 800 Millionen in Rechnung zu stellen ist, so daß ein Reinerlust von 5450 Millionen Pfund Sterling bleibt. Das Volksvermögen Frankreichs wurde vor dem Krieg auf 12000 Millionen Pfund geschätzt. Wenn man annimmt, daß der Franken sich schließlich auf 50 v. H. von seinem Wert vor dem Krieg festsetzt, so würde dieses Vermögen jetzt

24000 Millionen darstellen, abzüglich des angenommenen Verlusts von 5450 Millionen aber auf 18550 Millionen. Demnach hat Frankreich ein Viertel seines Volksvermögens eingebüßt, wenn man die von Deutschland zu leistende Entschädigung nicht berücksichtigt. Im übrigen hält der Vortragende Frankreich für viel reicher, als allgemein angenommen wird, und glaubt, daß es sich wie nach 1870 rasch erholen werde.

Bei Italien werden folgende Verluste aufgezählt: 600 Millionen Pfund Sterling für Kriegsrückgebern; 300 für Verluste an Schiffen, Gebäuden usw., 1000 an Schulden und Darlehen im Ausland und 200 an Rückständen und Entwertung, zusammen 2100 Millionen. Den Wert der Italien durch den Friedensvertrag zugewonnenen Gebiete mit 200 Millionen angenommen, bleibt ein Reinerlust von 1900 Millionen. Vor dem Krieg wurde das Volksvermögen auf 4480 Millionen geschätzt, was bei einer Festsetzung des Wertes der Lira auf 50 v. H. des damaligen Wertes 8960 Millionen ausmachen würde, nach Abzug der Kriegskosten noch 7100, 20 v. H. oder ein Fünftel des Volksvermögens vor dem Krieg sind verloren gegangen.

Der Gesamtverlust Belgiens durch den Krieg kann man auf 550 Millionen Pfund Sterling schätzen. Das Volksvermögen war vor dem Krieg nach amtlicher Berechnung 1200 Millionen groß. In der Annahme eines heutigen Geldwerts des Franken von 50 v. H. des Stands vor dem Krieg wären es 2400 Millionen. Die Verbündeten haben nun die Schuld, die Belgien bei ihnen hatte, etwa 240 Millionen, auf Deutschland übertragen, außerdem soll Belgien die ersten 100 Millionen erhalten, die Deutschland zahlen wird. Somit würden als Kriegskosten 210 Millionen ungedeckt bleiben, die aus der allgemeinen Entschädigung zu begleichen wären. Nach Abzug des von Großbritannien und Frankreich übernommenen Anteils Belgiens an den Ausgaben des Kriegs, der von Deutschland zu tragen ist, fragt es sich, ob der Verlust an Volksvermögen bei Belgien mehr als 10 v. H. ausmacht. Es ist mit Ausnahme von Japan aus dem Krieg mit einer verhältnismäßig kleinen Zunahme an seiner öffentlichen Schuld hervorgegangen als irgend ein anderer Kriegstaat. Es erholt sich erstaunlich schnell und dürfte in wenigen Jahren die Kriegsverluste wettgemacht haben.

Japan verdankt dem Krieg ein starkes Gedeihen. Seine Schifffahrt hat eine Vermehrung von 1708000 auf 2325000 Tonnern zu verzeichnen. Seine Goldrücklage ist von 35 auf 180 Millionen Pfund gestiegen. Das Volksvermögen dürfte sich verdoppelt haben und gegenwärtig um 4700 Millionen bewegen.

Was die Vereinigten Staaten angeht, so hat der Krieg einen bemerkenswerten Wandel in ihren wirtschaftlichen Beziehungen zu Europa hervorgerufen. Während 1914 die Vereinigten Staaten bei Europa mit 2000 Mill. Pfund Sterling verschuldet waren, ist es heute gerade umgekehrt, Europa schuldet ihnen den gleichen Betrag. Die amerikanischen Kapitalmächte freilich, meint Crammond, zeigten auffällig wenig Verständnis für die Vorteile, die ihrem Land durch geschickte Geldanlagen im Ausland erwachsen könnten. 1914 wurde das Volksvermögen der Union auf 42000 Millionen geschätzt, heute erreicht es 70000 oder 80000 Millionen. Nimmt man die Kaufkraft des Dollars zu 70 v. H. des Verhältnisses vor dem Krieg an, so ist festzustellen, daß in fünf Jahren das Volksvermögen in den Vereinigten Staaten um 30 v. H. zugenommen hat.

Am Schluß der Uebersicht erscheint Deutschland mit zunächst 3500 Millionen als Verlust an Kapitalwert durch Abgabe der ihm abgenommenen Gebiete, 600 Millionen für Verluste an Schiffen, Gütern, gemünztem Geld, Eisenbahnsfahrzeuge usw., weiteren 600 Millionen für Entwertung an Fabriken und Werkstätten, Eisenbahnen, Wohnhäusern usw., 2500 als Kapitalwert der Kriegsrückgebern, 1500 an Einbußen von Anlagen in den ehemaligen Kolonien und im Ausland, zusammen 8700 Millionen Pfund Sterling. Da 1913 das Volksvermögen Deutschlands auf 16500 Millionen geschätzt wurde, würde es sich gegenwärtig, bei der Annahme, daß die Mark sich auf 50 v. H. des Werts vor dem Krieg festsetzen könnte, auf 33000 Millionen stellen. Auf dieser Grundlage hat das deutsche Volk etwa 26 v. H. seines Vermögens eingebüßt, einschließlich seiner Handelsflotte, seiner sämtlichen kolonialen Be-



igungen und der Gesamtheit seiner Kapitalanlagen im Ausland, abgesehen jedoch von der Kriegsschadung. Sollte die auf der Konferenz zu Gythe angenommene Summe dieser Entschädigung auf 6250 Millionen endgültig angelegt werden, so würde sich der Kriegsverlust des deutschen Volks auf etwa 15 000 Millionen Pfd. St. stellen, mit andern Worten, Deutschland hätte beinahe die Hälfte seines Vermögens eingebüßt. Es ist schwer anzunehmen, meint schließlich Herr Grammond, daß das neue Deutschland in der Lage wäre, jährlich 365 Millionen Pfund als Zinsen einer Entschädigung von 6250 Millionen an das Ausland abzuführen.

## Neues vom Tage.

### Amerikahilfe für Sachsen und Thüringen.

Halle (Saale), 14. Juni. Wie thüringischen Blättern aus New York gemeldet wird, hat sich in den Vereinigten Staaten eine „Amerikahilfe für Sachsen und Thüringen“ gebildet, die die in Amerika wohnenden Sachsen und Thüringer zusammenschließt, um Sachsen und Thüringen mit Lebensmitteln, Gebrauchsgegenständen und Geld zu unterstützen, sowie zur Propaganda für die deutschen Interessen. In den Großstädten Sachsens und Thüringens werden auf Anregung der amerikanischen Gesellschaft Informationsstellen geschaffen.

### Internationaler Gerichtshof des Völkerbunds.

Rotterdam, 14. Juni. Der amerikanische Staatsmann Elihu Root, der gegenwärtig in London weilte, hat in einem Interview erklärt, daß er vom Präsidenten Wilson geschickt sei, um als Mitglied der Kommission des Völkerbunds, der die Pläne für einen internationalen Gerichtshof auszuarbeiten soll, mitzuwirken. Auf die Frage, was die Aufgabe dieses Gerichtshofs sein werde, antwortete Root, er habe nicht die Erlaubnis, sich darüber auszusprechen, aber er könne sagen, daß es sich um eine Angelegenheit von ganz außergewöhnlicher Wichtigkeit handle. Root wird bereits in den nächsten Tagen nach dem Haag gehen. Er sagte, er werde sich mehrere Wochen dort aufhalten müssen. Wahrscheinlich werde die Konferenz mehrere Monate dauern.

### Schiffsabkommen.

Paris, 14. Juni. (Havas.) Die Wiedergutmachungskommission genehmigte ein vorläufiges Abkommen bezüglich der acht von Deutschland gelieferten und in englischen Häfen liegenden Bismarckschiffe. Danach fällt die Verwaltung von 17 000 Tonnen vorläufig an Frankreich, von 12 000 Tonnen an Belgien und von 9 000 Tonnen an Italien. Da aber die deutsche Gesellschaft, der diese Schiffe gehören, nur die Filiale einer großen amerikanischen Gesellschaft ist, hat sich die Regierung der Vereinigten Staaten jeder Zuweisung widersetzt, solange die amerikanischen Interessen nicht gewahrt sind. Ein Schiedsgericht wird später über die Eigentumsfrage entscheiden.

### Dr. Trimborn mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Berlin, 14. Juni. Der Reichspräsident hat heute vormittag mit dem Abgeordneten der Zentrumsfraktion, Geh. Rat Dr. Trimborn, eine längere Unterredung gehabt, in deren Verlauf Dr. Trimborn die großen Schwierigkeiten der Bildung eines neuen Kabinetts betonte. Der Reichspräsident ersuchte Trimborn, unter Hinweis auf den Ernst der Situation gleichwohl die Kabinettsbildung zu übernehmen. Dr. Trimborn nahm diesen Auftrag an.

### Landtagswahl in Mecklenburg.

Kostock, 14. Juni. Das vorläufige Landtagswahlergebnis aus den mecklenburgischen Städten mit Ausnahme von Dömitz, das noch aussteht, lautet: Deutsch-Nationale 9, Deutsche Volkspartei 9, Wirtschaftsbund 3, Demokraten 3, Mehrheitssozialisten 15, Unabhängige 6, Kommunisten 2 Sitze.

### Gewerkschaftstag im Saargebiet.

Saarbrücken, 14. Juni. Der große Gewerkschaftstag der dem Landesauschuss des Deutschen Gewerkschaftsbundes des Saargebiets angeschlossenen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen stellte folgende For-

derungen auf: Ausreichende Löhne und Gehälter, Beschaffung genügender Lebensmittel, Weiterführung der sozialen Gesetzgebung im Rahmen der deutschen Sozialversicherung, Einführung eines gerechten Steuersystems, besonders Erfassung des Besitzes, Freilassung und Zurückführung von Bewohnern in das Saargebiet, die während der Besetzungszeit wegen geringfügiger Vergehen mit Freiheitsstrafen belegt und ausgewiesen wurden.

### Aus dem besetzten Gebiet.

Saarbrücken, 14. Juni. Wie wir hören, werden die schwarzen Truppen in einigen Tagen aus dem Saargebiet zurückgezogen, um teilweise nach Polen geschickt zu werden. Sie werden durch weiße Streitkräfte ersetzt.

### Eine neue Beschwerde der Entente?

London, 14. Juni. In der letzten Sitzung der Botschafterkonferenz wurde u. a. auch eine Kollektivnote beraten, die an Deutschland gerichtet werden soll. Die Note behauptet, daß sich Deutschland einer Verletzung des Artikels 264 und 267 des Friedensvertrages schuldig gemacht habe, die die Gleichberechtigung im Handel festlegen.

### Deutschfeindlichkeit in Antwerpen.

Antwerpen, 14. Juni. (Havas.) In gewaltigen Kundgebungsversammlungen, an denen sich 30 000 Personen beteiligten, wurde gegen die Rückkehr der Deutschen Einspruch erhoben. In einer Erklärung an den König wurden die Bestürzungen der Kundgeber dargelegt und die Behörden gebeten, Maßnahmen zur Verhinderung einer neuen Invasion zu ergreifen.

### Millerand und Lloyd George.

Paris, 14. Juni. Dem „Temps“ zufolge steht das Programm über die Konferenz zwischen Millerand und Lloyd George in Boulogne im einzelnen noch nicht fest, es heißt aber, daß sich die Verhandlungen auf den Bericht der französischen und englischen Sachverständigen stützen werden, den diese nach der Konferenz in Follestone über die Festsetzung der deutschen Entschädigung ausgearbeitet haben.

### Essad Pascha ermordet.

Paris, 14. Juni. Gestern mittag kurz nach 1 Uhr hat ein Mörder namens Aweni Rustan auf Essad Pascha, den ehemaligen Gouverneur von Albanien, jetzigen Vorsitzenden der albanischen Delegation in Paris, in dem Augenblick, in dem dieser das Hotel Continental verließ, zwei Revolverkugeln abgegeben. Essad Pascha wurde getötet. Der Mörder, ein Student der Pädagogik, ist verhaftet. Er erklärte, daß er seine Landsleute habe rächen wollen für die Leiden, die ihnen Essad Pascha zugefügt habe.

### Der republikanische Präsidentschaftskandidat.

Chicago, 14. Juni. (Reuter.) Harding, Senator von Ohio, ist von den Republikanern auf ihrem Konvent zum Präsidentschaftskandidaten gewählt worden. Bei der zehnten und letzten Abstimmung erhielt Harding 692, Wood 156 und Bowden 11 Stimmen.

### Kleine Nachrichten.

Berlin, 14. Juni. Der Beirat des wirtschaftlichen Arbeitgeberverbands nahm gestern und vorgestern in Leipzig Stellung in Sachen des Konflikts mit den Krankenkassen. Der Schiedsspruch über die Honorare wurde angenommen.

Berlin, 14. Juni. In dem Entwurf eines Wahlgesetzes, den die sächsische Regierung für den Landtag vorbereitet, wird an einer bestimmten Anzahl Abgeordneter festgehalten und eine andere Wahlkreiseinteilung vorgezogen.

Berlin, 14. Juni. In Ludwigshafen verhafteten die Franzosen eine Reihe von Mehrheitssozialisten.

Berlin, 14. Juni. Nach dem „Berl. Tagebl.“ droht das bayerische Verkehrspersonal zum 30. Juni geschlossen aus dem Reichsdienst auszutreten, wenn es bis dahin von der Reichsverkehrsbehördenordnung nicht günstiger eingestuft wird.

Frankfurt a. M., 14. Juni. Nach der „D. Allg. Ztg.“ ist im Verfolg der beim Franzosen-Einzug am 7. April erlittenen Verletzungen bei der Schießerei am Schülerplatz der Buchbinder Friß als 9. Opfer gestorben.

Krefeld, 14. Juni. Nach der „D. Allg. Ztg.“ ist

der seit 14 Tagen währende Streit des gesamten hiesigen Eisenbahnpersonals beendet.

Bern, 14. Juni. Bei der Erneuerungswahl der Exekutivbehörde der Stadt Bern ging nach sehr heftigem Wahlkampf die bisher den Sozialdemokraten gehörende Majorität an die bürgerlichen Parteien über, die von 7 Sitzen 4 errangen.

Rom, 14. Juni. Der König empfing Giolitti, der über seine Unterhandlungen zur Beilegung der Ministerkrise Bericht erstattete.

Bukarest, 14. Juni. Nach Berechnung des Ackerbauministeriums wird Rumänien Getreide im Wert von 3 Milliarden ausführen können.

### Ungeklärte politische Lage in Württemberg.

Stuttgart, 14. Juni. In eingeweihten Kreisen wird, wie verlautet, damit gerechnet, daß es im Land vorerst möglich sein wird, ohne Rücksicht auf die Gestaltung der Dinge in Berlin, mit der bisherigen Koalition weiter zu regieren. Demgegenüber steht aber die Tatsache, daß der Landesausschuss der D. d. P. der Auffassung war, die Wahlentscheidung des Volkes müsse auch bei der Regierungsbildung zum Ausdruck kommen. Eine Heilbronner Versammlung der D. d. P. lehnte sogar eine Koalition mit der U. S. P. und den Deutschnationalen ab, während mit der Deutschen Volkspartei ein Zusammenarbeiten für möglich gehalten wurde, wenn diese sich auf den Boden der Reichsverfassung stellt. Eine rein bürgerliche Regierung lehnten die Heilbronner Demokraten ab.

Berlin, 14. Juni. Die Abendblätter ergehen sich in Vermutungen über den weiteren Verlauf der Ministerkrise.

Die „Voss. Ztg.“ bezeichnet es auf Grund von Mitteilungen aus politisch orientierten Kreisen als unwahrscheinlich, daß Trimborn die Lösung der Krise durch eine Parteipolitische Kombination erstreben werde. Vermutlich werde er das wirtschaftspolitische Moment in den Vordergrund schieben. Im Hinblick auf die Haltung der Mehrheitssozialdemokraten sei indessen das Scheitern auch dieser Kombination wahrscheinlich. Als letzte Möglichkeit käme dann die alte Koalition in Betracht. Bei diesem Anlaß hebt das Blatt hervor, daß in dem gefrigen Beschluß der Sozialdemokraten gesagt werde, daß die Fortsetzung der bisherigen Koalitionspolitik als unmöglich betrachtet wird. Dieser Beschluß soll offenbar nicht als eine Abgabe an den Koalitionsgegner überhaupt gedeutet werden. Vielleicht müsse hier, wenn alles andere versage, der Ausweg aus der Krise gesehen werden.

Die „Kreuzzeitung“ dagegen ist der Meinung, daß der Beschluß nicht nur die Beteiligung an einer Regierung, in der die Deutsche Volkspartei vertreten sei, ablehne, sondern auch eine solche mit Zentrum und Demokratie.

### Heilbronn wieder Garnison.

Heilbronn, 14. Juni. Wie die „Abendzeitung“ erzählt, soll nach Heilbronn ein badiisches Bataillon Reichswehr kommen; ein Bortkommando ist bereits eingetroffen. Das Bataillon wird in Mühlungen neu zusammengestellt werden, ehe es seinen Bestimmungsort bezieht.

### 5-Milliardenkredit an Deutschland.

Berlin, 14. Juni. Aus Paris wird gemeldet, daß die Beratungen der alliierten Kommission, die die internationale Anleihe an Deutschland vorbereitet, beendet sind. Die Anleihe wird in Gold 5 Milliarden Franks betragen, welche Summe bis auf 15 Milliarden erhöht werden kann. Der Gesamtkredit soll gleichzeitig mit der von Deutschland zu zahlenden Schadenerstattung verrechnet werden. Hauptbedingung für die Anleihe ist, daß die deutsche Finanz- und Steuerverwaltung unter Aufsicht der Ententekommissionen in Berlin gestellt wird. Damit würde also Deutschland genau so wie Oesterreich vollends seiner Souveränität beraubt werden und unter die Zwangsverwaltung der Alliierten kommen.

### Reichskommissare in Ost- und Westpreußen.

Berlin, 14. Juni. Nach Fertigstellung der Jahrespäne für die Jäger zu den Volksabstimmungen in Ost- und Westpreußen haben sich gestern Vertreter des Reichs-

## Die wilde Hummel.

Roman von Erich Friesen.

57

(Fortsetzung.)

„Keine Gattin übertrifft sich heute selbst, mein Sohn! Sie ist die Seele des ganzen Festes. Gib nur acht, daß sie sich nicht überanstrengt!“

Je später es wird, um so stürmischer pocht Roberts Herz.

Ihm ist, als müsse er hinsinken zu ihr, als müsse er sie in seine Arme nehmen und sie forttragen aus dem Gesellschaftsgewirr, hin in einen verschwiegenen, losigen Raum, und ihr zurufen:

„Es gilt nicht mehr, was ich Dir in einem Anfall von Wahnsinn versprochen, daß wir fremd nebeneinander hergehen wollen! Du bist mein Weib, und ich verlange die Rechte des Mannes!“

Mit brennenden Augen späht er nach der weißen Dichtgestalt in dem bunten Wirrwarr der Gäste ...

Bergebens. Sie muß sich, vielleicht in einem Anfall von Uebermüdung, zurückgezogen haben.

Wie ein Traumwandelnder schleicht der Mann von Zimmer zu Zimmer, um sein Weib zu suchen —

Ja, Pläne ist für kurze Zeit dem Trubel, den Pflichten, die auf ihr ruhen, entflohen in die kühle Stille des Wintergartens. Es ist ihr plötzlich zuwider, dies Lachen und Scherzen — diese ganze Maskerade, in der sie die Hauptrolle spielt.

Mit gefenkttem Kopf, die Arme schlaff am Körper herabhängend, lehnt sie an dem mächtigen Stamm einer schlanken Palme, die in einem riesen-Majolikafäßel in einer Ecke des Wintergartens steht. Sie ist müde — ach, so müde!

Da trifft eine Stimme an ihr Ohr — Gerald's Stimme.

„Berzeihung! Ich wußte nicht, daß Sie hier sind!“

Sie lächelt ein wenig.

„Sie glaubten Eva hier zu finden, nicht wahr?“

Er wird rot bis über die Ohren.

„Wie — wie kommen Sie darauf?“

Wieder lächelt sie, diesmal mit einem Hauch von Spott, der nicht ganz frei von Besorgnis ist — im Gedanken ihres Zusammenstehens in Büffel-Goldfeld.

„O, Sie großes Kind! Sie tragen Ihr Herz doch in den Augen!“

Berlegen wendet er sich ab.

Diese knabenhafte Berlegenheit gibt ihr die volle Unbesorgtheit wieder.

Und plötzlich kommt es über sie wie mit unsichtbare Gewalt, jemanden glücklich zu machen, nicht ganz unnütz auf der Welt zu sein.

„Gerald!“ sagt sie leise, die Hand auf seinen Arm legend. „Sie lieben Eva v. Achenbach!“

Wieder steigt brennende Röte in seine Stirn. In tödlicher Berlegenheit blickt er auf seine Fußspitzen.

Er wagt nicht, die schöne Frau da vor ihm, anzusehen.

„Warum haben Sie mir nicht längst Ihr Geheimnis anvertraut, lieber Freund?“

Er zögert. Dann stößt er verwirrt heraus:

„Ich — ich fürchtete — Sie würden —“

„Ich würde mich verletzt fühlen, weil Sie vor noch nicht einem Jahr mir Ihre Liebe gestanden?“

„Lächelt sie wehmütig. „Ach, lieber Freund, wie wenig kennen Sie mich! Ich fühlte es von Anfang an, daß wir nicht für einander bestimmt waren ... Und nun schütten Sie Ihr Herz aus!“

Und er bekennt ihr — zuerst stotternd, dann lebhaft-

ter, schließlich mit der ihm eigenen jugendlichen Begeisterung — wie unglücklich er zuerst war, als er sie als Gattin eines andern wiederfand ... Wie er mit aller Kraft gegen seine unerlaubte Neigung kämpfte ... Wie dann Eva v. Achenbachs sanftes Wesen ihn anzuziehen begann ... Wie er sie bald schätzen lernte und wie er sie jetzt lieb hat — so recht von Herzen lieb. Nicht mit jener himmelfürmenden Liebe, die er vordem für das „Sonnenscheinchen von Büffel-Goldfeld“ empfand —

fügt er wehmütig, mit einem schüchternen Blick auf Eva hinzu — aber mit warmer, inniger Liebe. Und er würde gern um ihre Hand anhalten, wenn er nicht —

Er stotzt.

„Nun?“ fragt die junge Frau, die voll lebhaftem Interesse zugehört hat, aufmunternd. „Wenn Sie nicht?“

„Wenn ich nicht ein solch armer junger Dachs wäre, der keine Frau ernähren kann!“

„Stößt er ärgerlich heraus. „Ich habe noch nicht einmal mein oft-erregtem gemacht. Bis ich etwas verdiene, da können Jahre vergehen. Meine gute Mutter hat ohnehin schon das Menschenmögliche getan, damit ich neben dem teuren Studium standesgemäß leben kann. Aber alles hat seine Grenzen. Ihr auch noch die Sorgen für eine ganze Familie aufbürden — nein, dann lieber —“

Und er macht eine wegwerfende Bewegung.

„Liane denkt ...“

„Liane denkt ...“

„Liane denkt ...“

„Liane denkt ...“

„Liane denkt ...“

„Liane denkt ...“

„Liane denkt ...“

„Liane denkt ...“

„Liane denkt ...“

„Liane denkt ...“

„Liane denkt ...“

„Liane denkt ...“

„Liane denkt ...“

„Liane denkt ...“

„Liane denkt ...“

„Liane denkt ...“

„Liane denkt ...“

„Liane denkt ...“

„Liane denkt ...“

„Liane denkt ...“

„Liane denkt ...“



Verkehrsministeriums mit den beteiligten deutschen Reichskommissaren nach Allenstein und Marienwerder begeben, um den Abstimmungskommissionen die Notwendigkeit der Freigabe des Verkehrs durch Polen für diese Bänder noch einmal auseinanderzusetzen.

#### Das Todesurteil vollstreckt.

München, 14. Juni. Das Urteil im 3. Geismord-Prozess, durch das der Angeklagte Walleshäuser zum Tode verurteilt worden ist, ist gestern vom Ministerrat bestätigt und heute vormittag vollstreckt worden.

#### Frühverlängerung für die türkische Antwort.

Konstantinopel, 14. Juni. In Regierungskreisen glaubt man, daß der Großvezir bei der Friedenskonferenz noch einmal um Frühverlängerung für die Einreichung der türkischen Antwort auf die Friedensbedingungen nachsuchen werde, da es unmöglich sei, genügend rasch mit Paris zu verkehren.

#### Krieg im Osten.

Paris, 14. Juni. Havas erklärt aus Sewastopol, daß die Bolschewisten in Waku den General Rudnew und in Grosny den General Aliev getötet haben sollen. Die Rote Armee in Waku umfaßt 50.000 Mann. Die Bolschewisten entfalten eine scharfe Propaganda, um Unruhen in Georgien herbeizurufen.

Paris, 14. Juni. Havas meldet aus Lissabon, daß heute gleichzeitig in Paris und Lissabon das provisorische Handelsabkommen zwischen Portugal und Frankreich veröffentlicht werden wird.

### Württemberg.

Stuttgart, 14. Juni. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften Württembergs hielten am Montag im Sieglhausaal ihren 39. Verbandstag, zu dem die Genossenschaftler und Darlehensschuldner des ganzen Landes zahlreich erschienen waren. Der Verbandsvorstand, Oberregierungsrat Bauer von der Zentralkasse für die Landwirtschaft begrüßte die erschienenen, besonders die Vertreter der Regierung, der Behörden, der Landwirtschaftskammer und die der landwirtschaftlichen Berufsvertretungen von Baden. Er wies besonders darauf hin, daß ein baldiger Wiederaufbau des darniederliegenden Vaterlandes nur dadurch möglich werde, daß der Landwirtschaft aufgeholfen werde. Dazu gehöre die Beseitigung des Mangels an Kunstdünger und Kraftfuttermitteln und die löhrenden Fesseln der Zwangswirtschaft. Mit dem beruflichen Zusammenschluß der Landwirte müsse auch der wirtschaftliche Zusammenhalt weitgehendste Förderung erfahren. Präsident v. Sting dankte namens der Zentralkasse und des Ernährungsministeriums den Genossenschaften für die der Allgemeinheit geleisteten Dienste. Die Größe der Landwirtschaftskammer übermittelte der Vizepräsident der Kammer, Abg. Horning. Er versprach weitgehende Förderung der Genossenschaften durch die Landwirtschaftskammer und mahnte zur Einheit. Laut Bericht über das Geschäftsjahr 1917 gehören der Verband zurzeit 1811 Genossenschaften mit rund 206.300 Mitgliedern an. Es sind dies 1340 Darlehenskassenvereine, 353 Molkereien und Milchverkaufsgenossenschaften, 34 Getreideverkaufsgenossenschaften, 14 Mühlen- und Elektrizitätsvereine, 16 Döfnervereine, 10 landwirtschaftliche Konsum-, 15 Dresch-, 1 Mäher- und 10 sonstige Genossenschaften an. Der Verbandsvorstand wandte sich dann gegen die Gründung von Neuläden der Weingärtnergenossenschaften. Neu sind die Torggenossenschaften, die an Stelle der Kommunalverbände die Bewirtschaftung des Brennmaterials in Selbstverwaltung besorgen. Der Zusammenschluß sämtlicher Einhaus- und Bezugsvereine sei dringend nötig. Die Verbandsrechnung ergab 481.613 Mk. Ausgaben und 400.670 Mk. Einnahmen. In die Genossenschaftszentralkasse sind 124 Vereinigungen angeschlossen, darunter 1316 Darlehenskassenvereine. Der Umlauf dieser Kasse betrug 3,7 Milliarden Mk. (Zunahme 67 Prozent). Die Zentralkasse hat einen Gewinn von 111.436 Mk. erbracht. Die Versammlung stellte an die Regierung den dringenden Antrag der Produktionsförderung in der Landwirtschaft und um Beseitigung aller entgegenstehenden Hindernisse. Die Abschaffung der Zwangswirtschaft mit Heranziehung der Genossenschaften ist nunmehr baldigst zu bewerkstelligen.

Stuttgart, 14. Juni. (Eingemeindungsfrage.) Die Verhandlungen wegen der Eingemeindung von Oberfärklingen werden nunmehr von dem Stuttgarter Gemeindefollegium aufgenommen, da die Bürgerversammlung in Oberfärklingen den Antrag angenommen hat.

Stuttgart, 14. Juni. (Festgenommene Raubmörder.) Der am Freitag, den 11. Juni 1920, an der 75 Jahre alten Bauersfrau Dorothea Hart, geb. Hammerl, in Deschelsbrunn, Ob. Verreuberg, verübte Raubmord, dessen Bearbeitung Larch die Kriminalabteilung des Landespolizeiamts sofort aufgenommen und nachdrücklich betrieben wurde, hat schon Tags darauf zur Ausmittelung der Täter geführt. Diese, die 21 Jahre alten Hilfsarbeiter Karl Oster und Adolf Grünwald von Stammheim, haben den Plan von langer Hand vorbereitet, sich ihres beträchtlichen Raubes jedoch nicht lange erfreuen können. Grünwald, der schon am Tage nach der Mordtat in Stammheim festgenommen wurde, hatte das geraubte Geld noch größtenteils im Besitz und war der Tat gefählig. Sein Tatgenosse Oster, der sich seiner Festnahme zunächst durch die Flucht entzogen hatte, wurde durch die Beamten der Landes kriminalpolizei Samstagabend noch in einem Kornacker bei Stammheim gestellt, hat sich aber seiner Festnahme im letzten Augenblick dadurch entzogen, daß er mit einer mitgeführten Armeepistole seinem Leben ein Ende setzte.

Schw. Gmünd, 14. Juni. (Besitzwechsel.) Der in weitesten Kreisen bekannte Gasthof zum „Bären“ mit Saal und Theaterbühne ging künstlich um 210.000 Mk. an die Stadt über, die Wohnungen einbauen wird. Auch andere Wirtschaftsgebäude sollen zu diesem Zweck noch angekauft werden. Von den drei geplanten Stockigen Doppelhäusern wird wegen der hohen Kosten nur eines gebaut. Dagegen wird unter wesentlicher Beteiligung der Stadt ein Siedlungsverein gegründet, der Erwerbshäuser zu errichten hätte.

Crailsheim, 14. Juni. (Eisenbahnunfall.) Am Samstag nachmittag fuhr ein Güterzug auf eine die Fahrstraße kreuzende Lokomotive und entgleiste. Beide Lokomotiven wurden stark beschädigt, der Gepäckwagen zertrümmert. Das Personal konnte sich durch Abspringen retten. Der Materialschaden ist nicht unbedeutend.

Gienzen a. Br., 14. Juni. (Glück und Unglück im Stall.) Ein hiesiger Einwohner setzte eine Bruthenne auf 13 Eier. Als die Küchlein auskrochen, waren es 14. Allem Anschein nach hat die Bruthenne

nach ein Ei dazu gelegt. Weniger gut erging es dem Bauern Heinrich Sautter im nahen Dohennemmingen, der innerhalb 24 Stunden vier Stück Vieh an der Maul- und Klauenseuche einbüßte.

### Baden.

Karlsruhe, 14. Juni. In der nächsten Zeit dürften sich einige Veränderungen in der bad. Regierung vollziehen. Der Minister des Auswärtigen Dietrich, Mitglied des neuen Reichstags, wird sich voraussichtlich ganz der Reichspolitik widmen und seinen bad. Ministerposten niederlegen. Dieses Ministerium wird nicht mehr neu besetzt, sondern seine Geschäfte dürften dem Justizministerium angeschlossen werden. Auch das Ministerium für militärische Angelegenheiten wird aufgehoben werden. Mit dessen Führung war bisher Staatspräsident Geiß betraut. Nach außerordentlichen Blättermeldungen will er sich von der Regierungstätigkeit zurückziehen. Auch über die Frage der Abschaffung der Staatsräte werden augenblicklich Verhandlungen zwischen Sozialdemokratie und Zentrum gepflogen. — Man vernimmt, daß Staatsrat Dr. Haas sich ganz der Reichspolitik widmen will und sofern die Demokraten in die Reichskoalition eintreten, für die Übernahme eines Reichsministeriums aussersehen ist. Die Minister Kemme, Köhler und Hummel dürften vermutlich ihre jetzigen Posten beibehalten.

Karlsruhe, 14. Juni. In einer von über 1500 Landwirten besuchten Versammlung zu Leimen wurde einstimmig nachstehende Resolution gefaßt: „Daß durch das neue Landwirtschaftskammergesetz die Rechte der einzigen Berufsvertreterin keineswegs beschnitten werden dürfen, im Gegenteil daß diese noch weit mehr Rechte verliehen erhalten soll, als ihr bisher eingeräumt waren. Vor allem soll der Landwirtschaftskammer die Erziehung und das landwirtschaftliche Unterrichtswesen übertragen werden. Die Landwirte fordern eine arbeitsfähige und lebensfähige Berufsvertretung und bitten sich jede staatliche Einmischung und Beengung.“

Mannheim, 14. Juni. Mit Rücksicht auf die unerträgliche Höhe der Kirchenpreise hat der Stadtrat beschlossen, die Regierung um sofortige Einführung von Erzeugerpreisen für Kirchen zu ersuchen.

Eppingen, 14. Juni. Eine 12köpfige Diebesbande, der hiesige Burtschen angehörten und die seinerzeit hier eine umfangreiche Tätigkeit entwickelt hatte, stand vor der Heidelberger Strafkammer. Während die Burtschen Gefängnisstrafen von 1 Monat bis 8 Monaten erhielten, wurde der hiesige Metzgermeister Adolf Sauter, der den Fehler gespielt hatte, zu einem halben Jahr und 300 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Heidelberg, 14. Juni. Ein merkwürdiger Grund veranlaßte einen verheirateten Privatmann in Neuenheim, seinem Leben durch Erschießen ein Ende zu bereiten. Der Lebensmüde hatte nämlich die behördliche Anordnung erhalten, bauliche Veränderungen in seinem Hause vorzunehmen, um sog. Zwangsnietern Unterkunft zu verschaffen.

Stadelhofen (bei Oberkirch), 14. Juni. Ungefähr 16 Burtschen im Alter von 20 bis 32 Jahren, ausgerüstet mit Körben und Fahrrädern, plünderten die Kirchbäume hiesiger Landwirte. Als ein Landwirt dazu kam und die Diebe anhalten wollte, drohten diese den Landwirt zu erschließen. Sie wurden aber erkannt und werden ihrer Strafe nicht entgehen.

### Vermischtes.

Unehelich Volk. Ein Goldarbeiter hat seinem Arbeitgeber, einem Pforzheimer Bijouteriefabrikanten nach und nach Gold im Wert von 3000 Mk. entwendet. Das Schöffengericht Pforzheim hat ihn nun zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt. — Dasselbe Gericht verurteilte einen Hilfsarbeiter zu 6 Monaten Gefängnis, weil er einem Bekannten vorstahl, er könne ihm zwei Goldplatten für 10.000 Mk. verkaufen, aber das Geld verpugte, weil er ferner einen zur Umarbeitung anvertrauten Bellantring im Wert von 12.000 Mk. verpugte.

Geismord-Prozess. Das Volksgericht München verurteilte den Angeklagten Walleshäuser wegen Mordes zum Tode. Rotter unter Freisprechung von der Anklage der Teilnahme am Geismord wegen Verbrechens des Hochverrats zu sieben Jahren Zuchthaus. Noch bevor das Urteil verkündigt war, suchte das kommunistische Organ zu einem Generalfstreik aufzureizen und sprach die Erwartung aus, daß das Proletariat die Vollstreckung des Urteils zu verhindern wissen. In einer Versammlung der revolutionären Betriebsräte, in der der Gegensatz zwischen der U.S.P. und den Kommunisten und auch mehrfach die Abneigung vor einem Generalfstreik zutage trat, wurde eine Kommission gewählt, die sich im Falle der Verkündung des Todesurteils mit Vertretern der drei sozialistischen Parteien zu einer gemeinsamen Protestvorstellung beim Justizminister vereinigen soll.

Vom eigenen Sohn erschossen. In Burgwall bei Limmich wurde der Eigentümer Heinrich Hildebrandt im Streite vom eigenen Sohne erschossen.

Unerschlagungen. Der Leiter der Scheidabteilung der Oberfeld der Stadtpolizei hat mehrere hunderttausend Mark unterschlagen. Die Feststellungen sind im Gange.

Automobilunglück. Der Automobilist der Linie Oppeln — Proskau ist in Szczepanowicz bei Oppeln infolge Versagens der Steuerung auf der steil abfallenden Straße gegen einen Baumstamm gerannt, die steile Böschung hinabgestürzt und hat seine 28 Insassen unter sich begraben. Etwa 12 Personen sind schwer verletzt, ein Teil dürfte kaum mit dem Leben davon kommen.

Raubmörderverhaftung. In München wurden die wegen Raubmordes mehrfach zum Tode verurteilten und am 9. März aus dem Gefängnis zu Essen gewaltsam befreiten Brüder Werner und Gerhard Fleischer aus Mannheim verhaftet.

Ausbruch aus einem Gefängnis. In Neustettin entwichen drei Schwerverbrecher aus dem Gefängnis, sperren den Aufseher in der Zelle ein und schlagen zwei andere nieder. Auf der Flucht wurden die Verbrecher Neubauer und Schmidt erschossen, der dritte ergriffen.

20 Pfennigstücke aus Porzellan. Die Hamburger Hochbahn hat 300.000 Zwanzigpfennigstücke aus Porzellan bei der Meißener Porzellanmanufaktur bestellt.

Schiffunglück. Das Schiff „Eclairer Nr. 25“, das der amerikanischen Handelsmarine angehört, ist in einem Wirbelsturm auf dem Flusse Delaware gescheitert. Von der 50 Mann starken Besatzung sind 4 umgekommen.

Cavelenkmal in Paris. Im Tuileriengarten zu Paris wurde ein vom „Matin“ gestiftetes Denkmal für Mlle Coell enthüllt, die während des Kriegs vom deutschen Kriegsgericht in Brüssel wegen ausgedehnter Spionage im Rücken des deutschen Heeres zum Tode verurteilt und erschossen worden war.

### Letzte Nachrichten.

#### Rühlmann und Broddorf als Ministeranwärter.

Berlin, 15. Juni. Außer Herrn v. Rühlmann ist auch Graf Broddorf-Rangan in Berlin eingetroffen. Das ist wohl nicht zufällig. Wir möchten annehmen, daß man beabsichtigt, dem neuen Ministerium, wie es im einzelnen auch ausfallen möge, wieder als Vertreter des Auswärtigen einen diplomatischen Fachmann einzufügen.

#### Abzug der Besatzungstruppen.

Flensburg, 15. Juni. Die englischen Truppen haben heute morgen Flensburg verlassen. Sie gehen nach Kopenhagen. Die französischen Besatzungstruppen werden morgen nach Metz befördert.

#### Die bürgerliche Staatsgewalt in Ungarn wiederhergestellt.

Budapest, 15. Juni. Die Regierung erließ eine Verordnung, die den Militärbehörden in radikaler Weise das Recht entzieht, in Zivilangelegenheiten Recherchen zu führen, Verhaftungen vorzunehmen oder sonstige vorzugehen. Alle diese Angelegenheiten werden in vollem Umfang wieder den Zivilbehörden zugewiesen. Militärpersonen, welche gegen diese Verordnung verstoßen, sind auf jede Anzeige entweder durch behördliche Organe oder durch Zivilfunktionäre zu verhaften. Gleichzeitig ordnete der Kriegsminister an, daß die Akten sämtlicher Zivilangelegenheiten von den Militärbehörden innerhalb 48 Stunden an die Zivilbehörden zu überweisen sind. Eventl. in Vorhaft befindliche Personen sind ebenfalls binnen 48 Stunden den Zivilbehörden zu übergeben. Gleichzeitig wurden im ganzen Lande Maßnahmen getroffen, um die genaueste Durchführung dieser Bestimmungen zu sichern.

#### Herrschaft der türkischen Nationalisten.

Paris, 15. Juni. Ein Telegramm aus Konstantinopel berichtet, daß die türkischen Nationalisten die Insel von Marmara im Nordwesten des Marmarameeres besetzt haben. Nach einer andern Meldung der Reuters-Agentur sind die Nationalisten jetzt Herren von ganz Anatolien, mit Ausnahme von Izmid am Marmarameer, das durch englische Truppen besetzt ist.

#### Der Zeitpunkt der Zusammenkunft in Spa.

Amsterdam, 15. Juni. Nach einer Londoner Meldung sagte Lloyd George gestern im Unterhaus, das Datum der Konferenz von Spa sei mit Rücksicht auf die Bildung einer neuen deutschen Regierung noch nicht festgesetzt, doch werde die Konferenz wahrscheinlich am 15. Juli beginnen.

#### Verhaftung belgischer Direktoren.

Paris, 15. Juni. Nach einer Meldung des Brüsseler „Ctoile“ sind die Direktoren eines belgischen Steinbruchs in der Umgebung von Namur wegen Lieferung an die deutsche Verwaltung während der Besetzung verhaftet worden. Weitere Verhaftungen stehen bevor.

#### Russischer Anspruch.

London, 15. Juni. Nach der „Times“ soll Krassin zu verstehen gegeben haben, daß, falls die Moskauer Regierung gezwungen würde, die russischen und auswärtigen Schulden anzuerkennen, sie darauf bestehen würde, daß man ihr alle ihre Rechte und Privilegien, wie sie in den alten Verträgen niedergelegt waren, ebenfalls zuerkenne. Sie meine damit hauptsächlich den Teil des Londoner Vertrags, wonach Konstantinopel an Russland fallen sollte.

#### Spaltung in der amerikan. republikanischen Partei.

Paris, 15. Juni. Nach einer Meldung des „New York Herald“ spricht man von einer Spaltung der amerikanischen republikanischen Partei wegen der Niederlage des Senators Johnson bei der Wahl des Präsidentschaftskandidaten. 48 Mitglieder der Partei hätten ein Komitee gebildet und einer der Unterzeichner, Winchot, habe auf den 10. Juli einen Konvent einberufen, um einen neuen Kandidaten zu benennen.

— Militärisches. Da die Truppenabwicklungsstellen zum 1. Oktober 1920 aufgelöst werden, so ist es angeeignet, sämtliche Anliegen, wie Anfordern von Personalpapieren usw., spätestens bis zum 1. August 1920 bei der zuständigen Abwicklungsstelle anzubringen, da nach diesem Zeitpunkt auf baldige Erledigung nicht mehr zu rechnen ist.

Stuttgart, 15. Juni. Die Amtsdauer des bisherigen württ. Landtags endigt, laut „Staatsanzeiger“, erst mit dem Zusammentritt des neuen Landtags. Von diesem Zeitpunkt ab haben die Mitglieder des bisherigen Landtags nach dem bestehenden Gesetz noch für 2 Wochen freie Fahrt auf den württ. Eisenbahnen anzusprechen.

Schwaigern, 15. Juni. (Weiterer Arzt.) Als zweiter Stadtarzt läßt sich hier Dr. med. Hertzer nieder, ein Sohn des früheren Oberlehrers in Clebronn.

Dettingen i. Hohenz., 15. Juni. (Erschlagen.) Der 12 Jahre alte Sohn des Fabrikarbeiters Binzenz Ege half beim Scheitholzfällen und wurde von einer niederfallenden Tanne so schwer verletzt, daß er bald starb.

Aus dem Allgäu, 15. Juni. (Töblicher Absturz in den Bergen.) Im Allgäu ereignete sich dieser Tage der erste tödliche alpine Unfall dieses Jahres. Er wird aus Oberstdorf berichtet, wo der 45 Jahre alte verheiratete Kaufmann Johannes Weidner aus Mains am Wege vom Reibhorn zur Gaisalpe am „Großen Guod“ so unglücklich abstürzte, daß er, obwohl alsbald Hilfe zur Stelle war, nach wenigen Stunden verschied.

#### Mutmaßliches Wetter.

Aus dem Westen sind leichte Störungen vorgebrungen. Am Mittwoch und Donnerstag ist vorübergehend aufheiterndes, mehrfach bedecktes und zu geringen Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.



# Aus der Heimat.

Wildbad, den 16. Juni 1920.

Die Postannahmestelle im Badhotel ist von heute an geöffnet.

Schalterzeiten von 8—12 Uhr vorm.  
von 3—6 Uhr nachm.  
Sonntags von 11—12 Uhr vorm.

**Vom Landestheater.** Vor gut besuchtem Hause ging gestern abend das bekannte Lustspiel „Die fünf Frankfurter“ von K. Böslar in Szene. Da die Hauptrollen in bewährten Händen lagen, war von vornherein eine gute Aufführung zu erwarten. Hermann Klein's Anselm in Maske und Spiel eine volle Leistung, wenn auch zu weilen seine Sprache, abgesehen vom Dialekt den er ziemlich beherrscht, unverständlich. Der „Nathan“ bezogte die darstellerische Gewandtheit Anton Schwarzenbergers. Karl Burg als „Salomon“ stellte uns einen Juden vom echten Schlage vor, wenn ihm auch der Dialekt ziemlich Schwierigkeiten zu bereiten schien. Walter Villmann's „Karl“ war der Weltmann mit viel Geschmack, neigte jedoch des öfteren zu Übertreibungen. „Ziemlich unbeholfen war der „Jacob“ von Heinz Richard, der auch bezüglich der Aussprache manches zu wünschen übrig ließ. Delikat waren die Fürstlichkeiten Paul Bornstedt, Georg Cron, Elise Schuchard als „alte Frau Gudala“ schaffte die prachtvolle Leistung der lebenswürdigen, vernünftigen Grossmutter, „Charlotte“ die Friedel Theurer mit viel Charme und künstl. Geschick gab. Es seien noch erwähnt Isabella Gundry (Fürstin) und Hanna Reichardt (Prinzessin). Auch die kleineren Rollen bemühten sich in anerkennenswerter Weise um den Erfolg der Aufführung. Spielleiter war Herr Klein (irrtümlich nannte der Theaterzettel Karl Burg), mit dem feinen Empfinden eines gewandten Regisseurs.

## Freier Ort für freies Wort.

(Für die unter dieser Rubrik erscheinenden Artikel übernimmt die Schriftleitung lediglich die preßgesetzliche Verantwortung.)

Die Badebehörde ersucht uns zum Bericht über die Gemeinderatsführung in der Nummer vom letzten Montag um Aufnahme folgender Erwiderung:

Wenn der Herr Stadtschultheiß den Gemeinderat dahin befehlet hat „daß Änderungen an der Kurtaxe bisher nur unter Mitwirkung und mit Zustimmung der Stadtgemeinde, so 1870, 1875, 1883 und 1910 erfolgt sind“, so hat er eine falsche Mitteilung gemacht, und zwar eine wesentlich falsche. Denn der Badearzt hat in einem per-

sönlichen Schreiben vom 18. 5. 20 den Herrn Stadtschultheiß darüber aufgeklärt, daß auch 1919 eine Erhöhung der Kurtaxe und Bäderpreise vorgenommen wurde, die aber offenbar der Wachsamkeit des Herrn Stadtschultheiß vollkommen entgangen war. Dieser Umstand macht die sonst unglaubliche Tatsache verständlich, daß die Zeitungsartikel in den Stuttgarter und Pforzheimer Blättern, mit welchen der Herr Stadtschultheiß den Pressefeldzug gegen die Badverwaltung eröffnet hatte, mit falschen Angaben gepickt waren. Der Herr Stadtschultheiß wußte aber in der letzten Gemeinderatsführung von dieser Kurtaxenerhöhung pro 1919, aber er zog es vor, sie zu vergessen.

Die Behauptung des Herrn Stadtschultheiß, daß auf die Beschwerde wegen Uebergehung der Stadtgemeinde, Aerzte und Kurinteressenten von der Regierung nicht eingegangen worden sei, ist wiederum falsch. Das ausführliche Schreiben der Bau- und Bergdirektion an das Finanzministerium, das dem Wildbader Gemeinderat vor 14 Tagen unterbreitet worden ist, endet mit den folgenden Worten: „Zum Schluß fügen wir bei, daß wir ein Benehmen mit der Stadtgemeinde über die wichtigen Fragen bei der Führung und Weiterentwicklung des Bades durchaus nicht ablehnen möchten; wir haben auch die Wiederaufnahme der früher üblichen gemeinsamen Besprechungen unter Zuziehung von Vertretern der Stadt, der Aerzte und anderer Interessenten in Aussicht genommen. Während des Kriegs bot sich hiezu kaum Anlaß, da Fragen über die Weiterentwicklung nicht zur Entscheidung standen. Es muß aber nachdrücklich betont werden, daß sein gedeihliches Zusammenarbeiten nur möglich ist, wenn auch von Seiten der Gemeinde eine objektive und billige Würdigung der Staatsinteressen erfolgt.“

Eine weitere unrichtige Behauptung ist die Angabe, daß die Stadt bis 1905 die Nachlasse und Ermäßigung der Kurtaxe den Kurgästen besorgt habe. Dies ist im Grund immer nur von der Badebehörde geschehen, allerdings mit der scheinbaren Ausnahme der Zeitspanne von 1891 bis 1904, während welcher der damalige Stadtschultheiß auf seine Bitte vom Finanzministerium gegen besondere Belohnung mit der Besorgung dieser Geschäfte, jedoch unter Aufsicht des Badkommissärs, betraut worden war.

Nichtig dagegen ist die Behauptung des Stadtschultheiß, daß dem Mittelstand der Besuch von Wildbad erschwert sei. Dies rührt aber nicht von der Erhöhung der Kurtaxe und der Bäderpreise her, wie die folgenden Beispiele beweisen. Die Hauptkarte für die Kurtaxe in Wildbad kostet 60 Mk., in Ems 90, in Nauheim und Rißingen 100 Mark. Das Einzelthermalbad in Wildbad kostet 3 Mk. im Katharinenstift und 6 Mk. im Eberhardsbad. Das Thermalbad in Ems kostet 10 Mk. und in Nauheim 8—12 Mark. Ja sogar in Teinach, man höre und staune im kleinen Teinach, kostet das kohlensaure Bad 8 Mk. während sein Preis in Wildbad 7 Mk. beträgt. Wildbad kann also wohl nicht durch seine Preise für Bäder und Kurtaxe den Mittelstand abstoßen. Vielleicht wirkt aber recht nachteilig in diesem Sinne für Wildbad der Umstand, daß eine große Zahl von Gaststätten, in denen der Mittelstand sein Absteigequartier genommen hatte, verschwunden sind, so der Badische Hof, Palmengarten, Jägerställe und Villa Erika, die von der Stadtgemeinde aufgekauft und zu Privatwohnungen umgewandelt worden sind. Auch die schon erwähnte, in zahlreichen Zeitungen von dem Herrn Stadtschultheiß in die Welt hinausposaunte angebliche unmäßige Steigerung der Kurtaxe und Bäderpreise dürfte viele Angehörige des Mittelstands von Wildbad abgeschreckt haben.

Besonders verblüffend aber wirkt die Mitteilung des Herrn Stadtschultheiß, „daß insbesondere alle Luftkurgäste von der Bezahlung der Kurtaxe völlig befreit seien.“ Sollte es dem Herrn Stadtschultheiß unbekannt sein, daß wir in einer Zeit der Nahrungsmittelknappheit leben, daß deshalb überhaupt der ganze Fremdenverkehr nach Wildbad in diesem Jahre in Frage stand und daß der Zugang nur gestattet ist für wirkliche Kranke, für solche, die ein amtsärztliches Zeugnis über ihr in Wildbad besserungsfähiges Leiden beibringen können und daß alle Sommerfrischler von vornherein ausgeschlossen sind? Was wird da wohl das Oberamt und der Kommunalverband in Neuenbürg zu diesem dem Herrn Stadtschultheiß im Eifer des Kampfes gegen die Badverwaltung entschlüpfte Geständnis von der Anwesenheit von Luftkurgästen in Wildbad sagen? Auch der Badebehörde war dies eine recht überraschende Enthüllung.

## Bekanntmachung

Bei der Gewinnung von Stockholz im Staatswald Abt. 86, mittlerer Langerwald werden durch Wilh. Schlüter, Schlosser hier von 16. Juni ds. Js. an bis auf Weiteres täglich von vorm. 8—11 Uhr

## Stockholzsprengungen

vorgenommen, was hiemit zur allgemeinen Kenntnis gebracht wird.

Wildbad, den 14. Juni 1920.

Stadtschultheißenamt: Böhner.

## Freibank.

Am Freitag vormittag von 8—1/2 12 Uhr wird im Schlachthaus an die

Nummern 671—1105

pro Person 1/2 Pfund Rindfleisch abgegeben.

Halbe Fleischkarten sind mitzubringen.

Lebensmittelamt.

## Gewerbeverein Wildbad.

Durch Vermittlung der Handwerkskammer Reutlingen wird am Samstag, den 19. d. Mts. abends 7 1/2 Uhr im Gasth. zur „Eisenbahn“ Herrn Finanzsekretär Pfingstler einen

**Vortrag über die neuen Steuern** halten. Die Mitglieder werden zu diesem überaus wichtigen Vortrag eingeladen. Der Vorstand.

## Statt Karten.

Lini Heckmann  
Direktor Richard Krauss  
Verlobte.

Frankfurt a. M.

Wildbad.

Juni 1920.

## Fritz Ernst, Schneidermeister

Pforzheim, Ecke Zerrauer- und Baumstrasse.

Werkstätte für erstklassige Herrenbekleidung

2819 — Telefonruf — 2819.

Stofflager nur guter Stoffe in unerreichter Auswahl.

Schnellste Lieferung bei mäßigem Preis.

Auf Wunsch komme persönlich. — Muster zu Diensten.

## Rom. Chieregato

Wilhelm-Strasse 83.

Obst- und Südfrüchten-Handlung

Täglich frische Kirschen  
Sämtliche Südfrüchten  
Span. Weine :: Gemüse

## Dr. med. Greeff,

Arzt für innere Krankheiten,

bisher in Stuttgart, ist nach Höfen bei Wildbad verzogen. - - Fachärztliche Beratung nach vorausgegangenem schriftlicher Anmeldung.

## Letzte amtliche Kurse

(ohne Gewähr) mitgeteilt von der

Direction der Disconto-Gesellschaft

Zweigstelle Wildbad

früher Stahl & Federer, Aktiengesellschaft Filiale Wildbad.

### Staatspapiere.

5% Deutsch. Reichsanleihe	79 1/2
4% dergl.	75.50
5% L. Deutsche Schatzanw.	100.—
4 1/2% dergl. p. 1. 4. 1924	91.75
Deutsche Sparpr.-Anl. 1919	91.—
4% Preuss. Konsols	74.—
3 1/2% dergl.	61. 1/2
3% dergl.	58.50
4% Bad. Staats-Anleihe	88.25
3 1/2% dergl.	86.—
4% Württ. Staats-Anleihe	87.50
3 1/2% dergl. v. 1875	93.—
3 1/2% dergl. v. 1879/80	79.—
1885/90	—
3 1/2% dergl. v. 1903 u. ff.	73.50
3% dergl.	74.50

### Städte-Obligat.

4% Baden-Baden	100.—
3 1/2% dergl.	—
4% Darmstadt	95. 1/2
3 1/2% dergl.	82.50
4% Esslingen	98.—
4% Frankfurt a. M.	118. 1/2
3 1/2% dergl.	95.—
4% Freiburg i. Br.	—
3 1/2% dergl.	90.—
4% Karlsruhe i. Bad.	—
3 1/2% dergl.	—
4% München	—
4% Pforzheim	—
3 1/2% dergl.	—
4% Stuttgart	100.—
3 1/2% dergl.	88.—
4% Ulm a. D.	—
3 1/2% dergl.	—

### Pfandbriefe.

3% Württ. Hypothekenbk.	103.25
4 1/2% dergl. - varlosbar	94.—
3 1/2% dergl. per 1912/15	89.75
3% Württ. Kreditverein	107.—
3 1/2% dergl. - ganzjährig	98.50
3 1/2% dergl. - halbjährig	91.—

### Pfandbriefe.

4% Bayer. Hypotheken- u. Wechselbank	104.—
4% Frankf. Hypothekenbk.	103.—
3 1/2% dergl.	91.—
4% Frkf. Hypoth.-Credittv.	100.25
3 1/2% dergl.	88.50

### Industrie-Obligationen.

4 1/2% Bad. Anilin- u. Sodaf.	115.—
5% Chem. Fabr. Griesheim	106.50
4 1/2% Allg. Elektr.-Ges.	—
5% D. Uebersee-El.-Ges.	—
4 1/2% Maschinenf. Essling	101.50
4 1/2% M. Höhner A.-G.-Obl.	104.—

### Aktien.

Darmstädter Bank	155.—
Deutsche Bank	278.—
Disc.-Kommandit Antello	905.—
Dresdner Bank	174.50
Rochumer Bergb.-Gussat.	253.—
Deutsch-Luxemb.-Bergw.	278.—
Gelsenkirchener Bergwerk	300.—
Gelsenkirchener Gussstahl	500.—
Harpener Bergbau	278.—
Mannesmann	339.—
Phoenix Bergbau	407.—
Allg. Elektr.-Ges.	290.—
Bad. Anilin- u. Sodafabr.	459.—
Chem. Fabrik Griesheim	297.—
Daimler Werke	205.—
Maschinenfabrik Esslingen	210.—
Gebr. Junghans	232.—
Magirus	199. 1/2
Siemens u. Halske	292. 1/2
Hamburg-Amerika Paketf.	182.—
Nordd. Lloyd	175. 1/2

### Devisen.

Amerika	40.—
England	161.—
Frankreich	309.—
Holland	1474.—
Schweiz	378.—

## Kinderwagen

ist preiswert zu verkaufen. Näheres in der Exped. ds. Blattes.

Im Frisieren und Haarwaschen empfiehlt sich

Emma Eisele, Wilhelmstr. 211.

## Kleines Haus

oder 3—4 Zimmerwohnung mit Küche für dauernd zu mieten gesucht, möbliert od. unmobliert. Offerten unter F. T. E. an Rudolf Mosse, Frankfurt a. M.

Einen guten erhaltenen 2flam. Gasherd, eine Kleiderbüste (mit Rohrrock, eine lackierte

Bottlade hat wegen Wegzug abzugeben Frau M. Osterlehner, (Zigarrenfabrik).

## Austrägerin od. Austräger

für das Wildbader Tagblatt, gegen gute Bezahlung sofort gesucht. Meldungen bei der Geschäftsstelle.

## Landes-Kur-Theater Wildbad

Direktion Steng & Krauß.

Mittwoch, 16. Juni Schwarzwaldmädel

Operette von Otto Neidhardt.

## Waldorf-Astoria-Zigaretten

zu 25, 30, 40 und 50 Pfg. pr. Stück,

bei Chr. Schmid u. Sohn, Tabakwarengroßhdlg. König-Karlstr. 68.

## Herren-Hemden 38 Mark,

Unterhosen 28 Mk., Socken Paar 13 Mk., Frauenstümpfe Paar 12 Mk., Knaben-Trikot-Hemden St. 25 u. 29 Mk. Porto extra Nachn. Gute Ware. M. Grossmann, München, 197 C

## Zukunft

Glück, Charakter, Reichtum, Lebenslauf wird nach Astrologie (Stern-deutung) berechnet. Nur Geburtsdaten einsenden. Viele Dankschreiben.

Schaub, Hannover, Ulanenstr. 3.

Achtung!

## Kristall-Zucker!

Bestellungen auf ausländischen, weißen Kristallzucker per Pfund 14—15 Mk. (Lieferungsmöglichkeit vorbehalten) nimmt sofort entgegen

Robert Treiber.

